

Antrag

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zur Ratssitzung am 22. März 2010, Haushaltsberatungen

Wir dokumentieren hier die einzelnen Maßnahmen, die durch gemeinsamen Antrag der genannten Fraktionen das Haushaltssicherungskonzept der Verwaltung veränderte und den Kahlschlag in den Bereichen Jugend, Bildung und Kultur erheblich abgemildert haben:

Ablehnungen:

Die Maßnahme **0-001006**, Reduzierung der Ratsausschüsse: Wegfall des Personal- und Verwaltungsausschusses in der Wahlzeit 2014-2019.

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **0-001008**, Abrechnung mandatsbezogene Aufwandsentschädigung als Pauschale

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, CDU Enthaltung

Die Maßnahme **7-000016** Verkauf städt. Anteile am Klinikum

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **2-930001**, Einsparung Stelle Citymanager im Bereich des Bezirksamtes Meiderich/Beeck

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-401009** Erhöhung der Elternbeiträge im Rahmen des Offenen Ganztages um monatlich 8 Euro

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-401010**, Reduzierung der Budgetzahlungen an Schulen für Sachmittel um 3 %

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-403001**, Abschaffung des 2. Bildungsweges an der VHS

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-403004**, Erhöhung der Entgelte der Kunst-Musikschule

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-403006**, Reduzierung Musikschulkräfte; Wegfall der Aufgabenbereiche „Akkordeon“ und „Blockflöte“

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-403008**, VHS; Reduzierung Zuschussbedarf durch Stelleneinsparung
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-404001**, Verlagerung von Stadtteilbibliotheken an Schulen
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-404003**, Reduzierung Zuschussbedarf der Stadtbibliothek
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411001**, Reduzierung/Streichung der Mittel für Sonderveranstaltungen, wie die Akzente und Traumzeit
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411002**, Streichung der Mittel für den Kulturbeirat
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE und DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411004**, Streichung des Zuschusses für die Cubus
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411005**, Streichung des Zuschusses für das Reibekuchen Theater
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411006**, Streichung des Zuschusses für das Kulturzentrum Bunker Dieselstr.
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411008**, Streichung der Mittel Betrieb Ratskeller Hamborn
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-411009**, Aufgabe Kinder und Jugendtheater 'Der Spielkorb'
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-415001**, 50%ige Reduzierung des Ausstellungsetats für das Kultur- und Stadthistorische Museum
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-416001**, 60 %ige Reduzierung des Ausstellungsetats des Museum der Dt. Binnenschiffahrt
Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-510001**, Kürzungen der Mittel für die städt. Kinder und Jugendarbeit

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG, Enthaltung der CDU

Die Maßnahme **3-510002**, Kürzung der Mittel der Kinder und Jugendarbeit der freien Träger.

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, CDU Enthaltung

Die Maßnahme **3-510003**, Streichung der Zuschüsse für Projekte der Familienförderung/Elternarbeit

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-510004**, Streichung der Sprachförderung Dreijähriger

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE , CDU Enthaltung

Die Maßnahme **3-510005**, Erhöhung der Elternbeiträge um 33,5 % für Kinder in Kindertageseinrichtungen

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **3-510007**, Erhöhung der Verpflegungsentgelte in Kitas

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **4-100005**, Wegfall der Schriftführung für den Personal- und Verwaltungsausschuss

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **4-500013**, Einstellung der Vergabe von Wohnungsbauförderungsdarlehen

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **4-520006**, Vertragskündigung des Pächters/Schließung des Hallenbades Neuenkamp

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **4-520007**, Schließung Becken Freibad Kruppsee

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-610002**, Deaktivierung von Brunnenanlagen im Innenstadtbereich, eine Suche von Sponsoren für den Betrieb ist einzuleiten.

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, FDP Enthaltung, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-610003**, Differenzierung der Straßenbeleuchtung.

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-610007**, Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf die Stadtteilzentren analog der Innenstadt

Für die Ablehnung stimmten: alle, außer der FDP

Die Maßnahme **5-620001**, Zentralisierung der Aufgabe „Sondernutzung“ der Bezirksämter

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-620004**, Reduzierung Aufwand Bezirksämter

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-650003**, Verzicht der flexiblen Feriengrundreinigung an Schulen durch die SRD

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-650005**, Stelleneinsparungen von Schulhausmeister

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **5-650006**, Wegfall von Schulhausmeisterhilfskräften

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-310001**, Umwandlung der Botanische Gärten in Grünanlagen

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-310002**, Reduzierung Zuschuss für die Pflege und den Betrieb des Landschaftsparks Nord

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Bei der Maßnahme **6-310007**, Streichung der Projektförderung ESPADU ab 2013, Reduzierung der Fördermittel für den Zeitraum 2010-2012 unter Vorbehalt der Förderung durch Bundesmittel

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-310008**, Erhebung von Straßenreinigungsgebühren für Kleingartenanlagen.

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-330002** Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-530002** Stellenfortfall, Streichung der Familienberatung

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-530003** Stellenfortfall, Streichung des Basisangebotes AIDS /Prostituierte im Gesundheitsamt

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-530005** Zentralisierung aller Standorte des Gesundheitsamtes

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-530007** Reduzierung der Zuwendungen an die Psychiatrische Hilfsvereine Reduzierung der Zuwendungen

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-530008** Selbsthilfekontaktstelle; Verzicht auf Förderung der Selbsthilfekontaktstelle

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, CDU dafür, alle anderen dagegen

Die Maßnahme **6-535006** Neuberechnung/kostendeckende Erhöhung der Schlachthofgebühren

Für die Ablehnung stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG dafür, Enthaltung der CDU

II Ablehnungen/Änderungen mit Anträgen

Die Maßnahme **0-001004, Zahl der Ratsmandate**, wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt. Das Thema künftige Anzahl der Ratsmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden. Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen.

Begründung: Der Rat wurde mit 74 Mitgliedern erst am 30.08.2009 neu gewählt. Die gesetzliche Wahlperiode beträgt 5 Jahre, läuft also bis 2014. Eine Verringerung der Mandate hätte frühestens Ende 2014 Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die o. g. Maßnahme liegt damit jenseits des Zeithorizonts der mittelfristigen Finanzplanung. Eine mögliche Veränderung der Anzahl der Ratsmitglieder muss gem. § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz NRW bis spätestens 15 Monate vor dem Wahltag beschlossen sein. Dementsprechend kann gründlicher und ohne jeden Zeitdruck unter Einbeziehung demografischer, demokratischer, wahrarithmetischer und juristischer Aspekte beraten und gegebenenfalls beschlossen werden.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU, der Rest dagegen

Die Maßnahme **0-001005, Reduzierung Mandate in den Bezirken**, wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt. Das Thema künftige Anzahl der Bezirksmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden. Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen.

Begründung: Die Bezirksvertretungen wurden mit je 19 Mitgliedern erst am 30.08.2009 neu gewählt. Die gesetzliche Wahlperiode beträgt 5 Jahre, läuft also bis 2014. Eine Verringerung der Mandate hätte frühestens Ende 2014 Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die o. g. Maßnahme liegt damit jenseits des Zeithorizonts der mittelfristigen Finanzplanung. Eine mögliche Veränderung der Anzahl der Bezirksvertreter muss gem. § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz NRW bis spätestens 15 Monate vor dem Wahltag beschlossen sein. Dementsprechend kann gründlicher und ohne jeden Zeitdruck unter Einbeziehung demografischer, demokratischer, wahrarithmetischer und juristischer Aspekte beraten und gegebenenfalls beschlossen werden.

Der Maßnahme **1-120002, Stellenfortfall Neuausrichtung Amt 12**, wird unter Beibehaltung des Projektes „Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (3 Stellen)“ zugestimmt. Die Sparsummen sind wie folgt fest zu setzen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff
500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU, der Rest dagegen

Die Maßnahme **3-401001 Integration der RAA in die Bildungsholding** wird abgelehnt. Antrag: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Organisationsuntersuchung über die Bildungsholding zu veranlassen. Untersuchungsgegenstand sollen die Strukturen, die Effektivität, Einsparpotenziale und der sog. 'Output' der Bildungsholding sein. Ein weiterer Prüfgegenstand soll die Plausibilität der Verlagerung der RAA in die Bildungsholding sein. Als Alternative soll geprüft werden, ob die RAA nicht prioritär in das Integrationsreferat (OB-5) eingegliedert werden kann.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Antrag: Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Maßnahmen **3-401002** und **3-401004 bis 3-401008** zur Optimierung von Flächenbindungen werden in eine einzige Maßnahme ohne Differenzierung in Schulformen und Anzahl aufzugebender Schulstandorte zusammen geführt. Die HH-Wirksamkeiten im HSK werden mit dem Zusatz „bis zu“ versehen. Der Schulentwicklungsplan mit seinen inhaltlichen Bestandteilen bildet allein die Grundlage für vorzubereitende Entscheidungen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG, CDU, BU

Die Maßnahme **3-401011 Einsparung Schülerspezialverkehr** wird in Punkt 2. (Anhebung der Entfernungsgrenze bei Schwimm- und Turnunterricht) abgelehnt. Die Sparbeiträge sind für diese Maßnahme wie folgt festzusetzen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff
-	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, CDU, DWG, BU und der Oberbürgermeister

Die Maßnahme **3-403003 Ausgliederung der Niederrheinischen Kunst- + Musikschule**; Personalkonzept wird abgelehnt.

Antrag: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein inhaltliches und finanzielles Konzept zur nachhaltigen Sicherung der Arbeit der Niederrheinischen Musik- und Kunstschule (NMKS) zu erarbeiten und den zuständigen Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Grundlage dieses Konzeptes soll die bereits umgesetzte Organisationsform eines gemeinsamen Instituts von Volkshochschule und Niederrheinischer Musik- und Kunstschule sein. In dem Konzept sollten vor allem auch Möglichkeiten der

Überführung in eine neue Betriebsform (Stiftung, Eigenbetrieb usw.) aufgezeigt werden. Die zuständigen Landesverbände des DVV (Deutscher Volkshochschulverband) und LVDM (Landesverband der Musikschulen Nordrhein-Westfalen) sollen in die Beratung des Konzeptes einbezogen werden.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **3-403007 Filmforum** Begrenzung Verlustausgleich wird in dieser Höhe abgelehnt. Der Einsparvorschlag in Höhe von 302.000 Euro ist auf 40.000 Euro jährliche Einsparsumme zu reduzieren.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, Enthaltung CDU

Die Maßnahme **3-411007 Zuschuss Hundertmeister** wird in dieser Höhe abgelehnt. Der Einsparvorschlag ist auf 14.000 Euro jährlich zu reduzieren.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **3-411010 Eintrittspreise Schauspiel** (Theater) wird nur für das Jahr 2010 zugestimmt, die unteren Preisgruppen werden nicht angehoben. Die Sparbeiträge sind wie folgt auszuweisen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
2.950,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **3-411011 Eintrittspreise Philharmoniker** wird nur für das Jahr 2010 zugestimmt, die unteren Preisgruppen werden nicht angehoben. Die Sparbeiträge sind wie folgt auszuweisen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **3-411012 Zuschuss für die Deutsche Oper am Rhein** wird abgelehnt. Der Kulturausschuss wird bis Ende 2011 nach Vorarbeit der Verwaltung eine Perspektive zur Kostensenkung diskutieren und dem Rat weiter leiten.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU, der Rest dagegen

Die Maßnahme **4-500007 Reduzierung der städt. Aufwendungen für Altenbegegnungsstätten** wird ausschließlich mit der Sparsumme des Jahres 2010 fortlaufend eingestellt.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **4-520003 Erhöhung Eintrittsgelder Bäder Vereine** wird ab dem Jahr 2011 zugestimmt. Die Sparsumme für 2010 ist zu streichen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **4-520004 Erhöhung Eintrittsgelder Bäder** wird mit der Veränderung zugestimmt, dass der ermäßigte Eintrittspreis von 2,50 € auf 2,20 € gesenkt wird.

Dadurch sind im Jahr 2010 16.550,00 € und ab dem Jahr 2011 35.400,00 € vom Sparbetrag abzuziehen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Zu der Maßnahme **4-520005 Erhöhung Nutzungsentgelte Sportstätten** übernimmt der Rat die Beschlussfassung des Sportausschusses analog des Vorschlages des SSB. Dadurch entfällt der Sparbetrag von 300.000,00 € in 2010 und 150.000,00 € in 2011. Die neuen Beträge sind in die „Tarifordnung Sport“ zu übernehmen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG, CDU, BU

Die Maßnahme **4-520008 Schließung Hallenbad Großenbaum** wird abgelehnt, mit dem SSB ist die Verlängerung des Vertrages bis 2012 zu verhandeln und abzuschließen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, Rest nein

Die Maßnahme **4-520011 Schließung Hallenbad Wanheim** wird abgelehnt, mit dem SSB ist die Übernahme des Bades bis 2012 zu verhandeln und abzuschließen. Durch die Umsetzung von vier Stellen ist der Sparbeitrag in 2010 auf 80.000,00 € und ab 2011 auf 160.000,00 € zu setzen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **5-610005 Reduzierung konsumtiver Baumaßnahmen** wird nur in sofern umgesetzt, dass Stadterneuerungsmaßnahmen hiervon nicht berührt werden. Die Sparsumme ist deshalb im Jahr 2010 um 100.000,00 € und in den Folgejahren jeweils um 180.000,00 € zu reduzieren.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **5-610008 Mietzahlung für die gewerbl. Nutzung der Verkehrsinfrastruktur** wird nur in sofern umgesetzt, dass für die Durchführung der Wochenmärkte keine Kosten erhoben werden. Die Sparsumme ist jährlich um 50.000,00 € zu reduzieren.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU Enthaltung, der Rest dagegen

Die Maßnahme **5-620005 Überarbeitung der Gebührentatbestände Sondernutzung** wird nur in sofern umgesetzt, dass Gebühren ausschließlich von gewerbl. Nutzern erhoben werden. Die Sparsumme ist deshalb im Jahr 2010 um 30.000,00 € und in den Folgejahren jeweils um 60.000,00 € zu kürzen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **6-310012 Stelleneinsparungen im Amt für Umwelt und Grün** werden nur in sofern umgesetzt, dass von der Sparsumme jährlich 240.904,00 € (entspricht sechs Stellen) abgezogen werden.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

III Zustimmungen mit Anträgen

Die Maßnahme **1-200003 Entlastung vom Solidarpakt** wird mit folgendem ergänzenden Antrag verabschiedet: Der OB wird aufgefordert, alleine oder zusammen mit anderen Kommunen in geeigneter Form Verfassungsklage gegen die Belastungen aus dem Solidarpakt, bzw. allen damit im Zusammenhang stehenden Belastungen, einzureichen. Ergänzung DWG: Falls möglich, soll Duisburg der Klärgemeinschaft beitreten, die bereits Verfassungsklage erhoben haben.

Für diesen Antrag stimmten: alle

Der Maßnahme **2-910003, Benutzungsentgelte Hallen**, wird mit dem Zusatz zugestimmt, dass frühzeitig Abstimmungsgespräche mit den Duisburger Vereinen über die neuen Entgelte zu führen sind.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **3-510006 Rückbau Erziehungshilfe** wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass dem Jugendhilfeausschuss vorab ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen ist. Zudem sind dem Ausschuss berichtende Kontrollmechanismen einzurichten.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **4-100017 Outsourcing Arbeitsmedizin** wird unter Beibehaltung der Sparvorgabe wie folgt inhaltlich verändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beibehaltung des Institutes für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin einen gemeinsamen betriebsärztlichen Dienst für die Verwaltung und alle städtischen Unternehmen einzurichten. Durch eine entsprechende Umlage der Kosten auf alle Nutzer und Beteiligten bleibt der zu erzielende Sparbetrag erhalten.

Begründung:

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes soll mit der Maßnahme 4-100017 durch ein sogenanntes Outsourcing der Arbeitsmedizin ein Beitrag zum Haushaltssicherungskonzept geleistet werden. Das bisher für die Stadt Duisburg und die Wirtschaftsbetriebe arbeitende Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin leistet im Bereich der Arbeitssicherheit, der psychosozialen Betreuung und des Programms „Pro Gesundheit“ für die Beschäftigten eine ausgezeichnete Arbeit. Für die enge Vernetzung der Bereiche Arbeitssicherheit, psychologische Betreuung und allgemeine Arbeitsmedizin war eine hervorragende Qualität in der Betreuung der Beschäftigten gewährleistet. Dies insbesondere, weil sich hier die Beschäftigten direkt an den arbeitsmedizinischen Dienst wenden konnten, der arbeitsmedizinische Dienst Arbeitsplätze begutachtet und in allen gesundheitlich relevanten Themen am Arbeitsplatz fachkundig beraten hat sowie durch eine hohe Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gemeinsame Besprechungen und Beratungen präventiv tätig werden konnte sowie Mängel zeitnah bearbeiten und abstellen konnte. Um diese hohe Qualität bei der Betreuung der Beschäftigten der Stadtverwaltung auch weiterhin zu gewährleisten, ist es unerlässlich, die Betreuung der Beschäftigten in arbeitsmedizinischen und Arbeitssicherheitsfragen weiterhin durch das Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin weiter zu führen. In vielen Betrieben und Verwaltungen hat man mit einem vermeintlich kostengünstigen Outsourcing überwiegend schlechte Erfahrungen gemacht und führt den arbeitsmedizinischen

Dienst und den Bereich der Arbeitssicherheit in die eigenen Organisationsstrukturen zurück. Private Dienstleister können nicht annähernd qualitativ und fachlich die Leistung erbringen, die betriebs- oder verwaltungseigene Arbeitsmedizinische Dienste heute im Verbund von Netzwerken und Fachdisziplinen leisten. Aus dieser Erkenntnis heraus macht es Sinn, den einen Arbeitsmedizinischen Dienst und den Bereich Arbeitssicherheit über die Wirtschaftsbetriebe hinaus, die diesen heute schon nutzen, auch allen anderen städtischen Gesellschaften mit anzubieten und hier im Rahmen von entsprechenden Kooperations- und internen Dienstleistungsverträgen im Konzern diese Arbeitsmedizinische und Arbeitssicherheitsdienstleistung auf die anderen städtischen Unternehmen auszubauen. Durch die entsprechende Kostenbeteiligung und entsprechende Umlagen kann der Sparbetrag im Rahmen der Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erzielt werden.

Gespräche mit den bisher an den Dienstleistungen der Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit noch nicht beteiligten Verwaltungsbereichen und kommunalen Unternehmen sind umgehend aufzunehmen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **4-100020 Erwirtschaftung eines Ausbildungs- und Einstellungskorridors** wird unter Vorwegstellung des folgenden Beschlusses zugestimmt: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert sicherzustellen, dass bei der Erwirtschaftung eines sogenannten Ausbildungs- und Einstellungskorridors zur Aufrechterhaltung der Funktion der Verwaltung und zur Minimierung der zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten ab dem Ausbildungsjahr 2010, mindestens bis zum Ausbildungsjahr 2014, 60 Auszubildende in Verwaltungsberufen einen Ausbildungsplatz anzubieten und diese nach erfolgter Ausbildung, sofern sie persönlich und fachlich geeignet sind, in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Begründung:

In der Maßnahme 4-100020, Erwirtschaftung eines Ausbildungs- und Einstellungskorridors, soll mit einer zurzeit noch zwischen 680 und 1.250 bezifferten Zahl der abzubauenen Stellen sowohl ein Spareffekt beim Personaleinsatz erzielt werden, als aber auch gleichzeitig die Möglichkeit, einen Teil dieser zukünftig wegfallenden Stellen schwerpunktmäßig mit eigenen ausgebildeten jungen Leuten wieder zu besetzen. Hierbei erscheint es insbesondere wichtig, die Betriebsabläufe, insbesondere in der inneren Verwaltung zu sichern und die ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig, hier insbesondere mit jungen ausgebildeten Kräften aus Berufen für die Verwaltung, so z. B. im Bereich der Leistungen für den Bürgerservice, zu ersetzen. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, diese Personalmaßnahmen in den dann aufzustellenden Stellenplan, unter Benennung der Ausbildungsberufe und der Nennung der möglichen Tätigkeitsbereiche, nach der Übernahme einzuarbeiten und diese rechtzeitig mit dem Fachausschuss, aber insbesondere auch mit dem Personalrat zu kommunizieren und abzustimmen. Durch dieses Controlling wird ein wesentlicher Teil des dringend erforderlichen Nachwuchskonzeptes, dessen dringlicher Bedarf sich aus den erhobenen Strukturdaten der letzten Jahre, hier insbesondere unter Einbeziehung der demografischen Entwicklung der Beschäftigten der Stadtverwaltung ergibt, geleistet.

Für diesen Antrag stimmten: alle, außer der FDP

Die Maßnahme **4-500001** Senkung der Fallkosten Pflege in Einrichtungen ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **4-500006** Beratung Heimauswahl, Vermeidung Heimpflege ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Die Maßnahme **4-500016** Zentralisierung Wohngeld ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **6-310010** Anpassung Leistungsvertrag Grün wird zugestimmt. Der Rat behält sich für die über den Sparbeitrag 2010 hinausgehende Summe einen Rückholvorbehalt vor, falls in der Umsetzung strukturelle Probleme entstehen. Für die Maßnahme ist bis zum Herbst ein Konzept vorzulegen.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

Der Maßnahme **6-330001** Übertragung der Aufgaben Wasser- und Kreislaufwirtschaft an die WBD AöR wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die Umsetzung auf Arbeitsplätze unter Anwendung des TVÖD fällt und institutionelle Probleme bei der Umsetzung im Ausschuss vorgelegt werden.

Für diesen Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, der Rest dagegen

IV Kompensationen

Die **Gewerbsteuer** wird auf 490 Punkte festgesetzt. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
5.000.000,00	5.700.000,00	6.8000.000,00	8.6000.000,00	8.600.000,00

Es wurde eine geheime Abstimmung beantragt.

Ergebnis: 40 Ja und 35 Nein-Stimmen

Die **Gewerbsteuerzinsen** sind dem Verlauf der Gewerbesteuerentwicklung anzupassen. Dabei werden 50 % des Steigerungswertes der Gewerbesteuer als Berechnung zugrunde gelegt. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
1.185.000,00	1.615.000,00	2.465.000,00	4.250.000,00	4.250.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE

Die Entwicklung der **Spielbankabgabe** kann nach Pressemeldungen über eine erfreuliche Geschäftsentwicklung gegenüber dem HH-Entwurf verändert werden. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
300.000,00				

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE

Dem Rat ist die Einführung einer **Kultursteuer auf Hotel-Übernachtungen** vorzulegen, die drei Euro pro Übernachtung beinhaltet. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
500.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE

Es sind mit angrenzenden Kommunen, insbesondere auch im Raum des Ruhrgebietes, interkommunale Projekte zu entwickeln, wie sie bereits vor zwei Legislaturperioden angeregt wurden. Dem Rat ist darüber zu berichten. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
100.000,00	200.000,00	220.000,00	400.000,00	400.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE

Auf der A 59 in Höhe Meiderich/Ruhrort und auf der ehemaligen B 8 in Hamborn sind **Geschwindigkeitskontrollen** durch fest installierte Anlagen einzurichten. Die Einnahmen werden bei 50 % der durch die Verwaltung vorgeschlagenen Anlagen taxiert. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
440.000,00	880.000,00	880.000,00	880.000,00	880.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE

Die **Dächer** der im Besitz der Stadt Duisburg (IMD) befindlichen Gebäude sind für die **Vermietung** an Betreiber von Solaranlagen zu vermarkten. Bei durchschnittlich 20.000 qm Fläche je Bezirk und drei Euro qm-Preis sind in das HSK einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
210.000,00	420.000,00	420.000,00	420.000,00	420.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, DWG

Die im Rahmen des Unterhaltsvorschusses zurückzuholenden **Unterhaltsbeiträge** sind von heute ca.17 über eine jährliche Steigerung von 5 % auf 37 % anzuheben. Hierfür ist dem JHA ein geeignetes Konzept vorzulegen. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
367.000,00	755.000,00	1.142.000,00	1.530.000,00	1.530.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU

Im Bereich des Ordnungsamtes ist der Möglichkeit der **Verfallsanordnung** stärker gegenüber Bußgeldmaßnahmen zu forcieren. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013ff
	200.000,00	300.000,00	400.000,00	400.000,00

Für den Antrag stimmten: SPD, Grüne, LINKE, BU